Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 16 (1915-1916)

Artikel: Die Entwicklung Preussens von 1864 bis 1916
Autor: Meyer, R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-917319

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

„Ich bin alt," erwiderte er, „das Hassgeschwür, das dieser Krieg gezeitigt, kann in Jahrzehnten nicht ausheilen, ich werde die Heilung nicht erleben, ich werde heimatlos bleiben."

Wir waren in Luzern angelangt. Ich hatte das herzliche Verlangen, dem Fremden einen Trost zu bieten, aber ich fühlte selbst, dass all meine Worte eben nur Worte waren.

Er reichte mir die Hand.

„Ich danke Ihnen; es hat mir wohlgetan, mich aussprechen zu können, ohne dass Sie versucht hätten, mir die Schuld Deutschlands oder seiner Gegner am Weltkrieg zu beweisen. Sagen Sie Ihren Brüdern, sie möchten sich freuen, dass sie noch das Recht haben, neutral zu sein, und sie möchten von diesem Recht ausgiebig Gebrauch machen zum Wohle der Heimatlosen, wie ich einer bin."

AARBURG ANNA BURG

□□□

DIE ENTWICKLUNG PREUSSENS VON 1864 BIS 1916

Seit dem Jahre 1864 sind alle übrigen europäischen Ereignisse hinter einem einzigen ununterbrochenen Werdegang zurückgetreten: *Der Aufstieg Preußens zum dominierenden Militärstaat in Europa.* 1864, 1866, 1870/71 sind die großen Marksteine in dieser Entwicklung, und die Kriegsereignisse von 1914/16 beweisen, dass keine europäische Großmacht es seit 1871 hätte wagen können, ohne die Hilfe *mehrerer* Bundesgenossen in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. Heute wissen wir noch nicht, ob 1914 der Endpunkt dieses riesigen Aufschwungs ist, oder ob diese Tage das Werden eines noch größern und noch stärkern Reiches in sich bergen, dem gegenüber auch eine Koalition von Großmächten sich zu beugen hätte.

1864

Der Vertrag vom 8. Mai 1852 garantierte die Unabhängigkeit und Integrität Dänemarks durch Preußen und Österreich. Was bedeutete aber ein papierener Vertrag gegenüber dem großen Faktor der bevorzugten geographischen Stellung dieses kleinen Landes? Preußen konnte niemals an einen Durchstich der däni-

schen Halbinsel und damit an die Beherrschung der Ostsee denken, solange der Nachbar im Besitz der Provinzen Schleswig-Holstein war. Gegen die Macht solcher Tatsachen halfen keine Proteste „vor Gott und den Menschen". Im Januar 1864 starb Friedrich VII von Dänemark, und diese Gelegenheit benutzten Preußen und Österreich zur Intervention, d. h. zum Angriff des Landes. Schon am 18. April wurden die Düppeler Schanzen erobert, und der kleine Gegner lag wehrlos am Boden. Es war daher ein Leichtes, ihm durch den Friedensschluss vom 30. Oktober 1864 die Provinzen Schleswig, Holstein und Lauenburg zu entreißen.

1866

Preußen hatte sein vorläufiges Ziel erreicht. Es galt nun, Österreich aus dem Mitverwaltungsrecht der eroberten Provinzen zu verdrängen. Der Feldzug von 1864 führte daher zu jenem von 1866, über den Moltke *später* die bezeichnenden Worte niederschrieb: „Der Krieg vom Jahre 1866 wurde nicht aus der Notwendigkeit herausgeboren, unsere bedrohte Existenz zu verteidigen. Er war ein vom Kabinett als notwendig erkannter Konflikt, der seit langem vorausgesehen und langsam vorbereitet wurde."[1]) Mit welch deutscher Gründlichkeit letzteres geschah, zeigte sich am 3. Juli 1866 in der Schlacht bei Königgrätz (Sadowa). In höchster Not sandte Kaiser Franz Joseph seinen Kanzler Beust nach Paris, um Napoleon zum Eingriff zu bewegen. Aber mit der Gesundheit des letztern ging es schon seit einigen Jahren bergab; was Wunder, dass Beust den Kaiser im Bette liegend, unpässlich und willenlos vorfand? Zudem wurde Beust die in Paris nicht ungewöhliche Eröffnung gemacht, Frankreich sei nicht gerüstet. Genug, Österreich musste am 26. Juli die Friedenspräliminarien, und am 23. August 1866 den Frieden von Prag abschließen. Indem Napoleon den Kanzler Beust unverrichteter Dinge abziehen ließ, sicherte er den Berliner Vertrag vom 9. Februar 1867 und damit die *erste Phase des preußischen Ziels:* Die Vorherrschaft Preußens im Deutschen Bunde.

1870

Napoleon zog es vor, den Kampf vier Jahre später aufzunehmen, als Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg und Baden

[1]) Lavisse et Rambaud: *Histoire universelle 1848—1900,* Band X.

nicht mehr Verbündete wie anno 1866, sondern Feinde waren. Napoleon ahnte nicht, wie sehr er mit dem leichtfertig begonnenen Krieg den Wünschen Bismarcks entgegenkam. Er beschleunigte durch den unglücklichen Feldzug die *zweite Phase des preußischen Ziels:* Die Gründung des Reichs und die Stellung Deutschlands als militärische Vormacht in Europa. Schon nach drei Monaten Kriegsdauer war es nunmehr an Frankreich, seinen fähigsten Staatsmann um Hilfe auszusenden. Vom 31. Oktober bis zum 4. November 1870 durcheilte Thiers Europa, um die maßgebenden Kabinette zur Vermittlung zu bewegen. Es war ein wahrer Notschrei der neugegründeten Republik. Aber ohne Erfolg kehrte Thiers zurück und riet in seiner Verzweiflung zum sofortigen bedingungslosen Friedensschluss. Am 5. November 1870 fand an der Sèvresbrücke die historische Zusammenkunft zwischen Thiers, Jules Favre und General Ducrot statt, bei welcher der Soldat dem Staatsmann die Worte zurief: „La France continuera à se défendre et elle se relèvera de ses ruines matérielles, mais jamais elle ne se relèverait de ses ruines morales.“[1]) Aber die Frage der militärischen Vorherrschaft war bereits gelöst, als diese Worte ausgesprochen wurden. Das Deutsche Reich war in Gründung begriffen, und das französische Volk hatte die Fundamente des heute alles überragenden Gebäudes mit seinem Blut zusammengefügt.

1875

Welche Behandlung die Republik in den ersten Jahren nach ihrer entsetzlichen Niederlage von Deutschland erfuhr, das zeigen die Ereignisse des Jahres 1875. Jedermann weiß, dass Frankreich — im Gegensatz zu Preußen — den 70er Krieg ohne das demokratische Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht durchführte. Es war daher begreiflich, dass es diese bittere Lehre nicht umsonst empfangen wollte. Im Zusammenhang mit der unerläßlichen Neuordnung der Armee, nahm die Nationalversammlung am 12. März 1875 das Cadresgesetz an. Es war dies eine innere Angelegenheit Frankreichs. Glaubt jemand im Ernst, das so furchtbar geschlagene Land habe schon nach vier Jahren einen neuen Kampf mit dem Deutschen Reiche aufnehmen können oder

[1]) Lavisse et Rambaud: *Histoire universelle 1848—1900,* Band X.

wollen — einen Kampf, ohne die geringste Aussicht auf Verbündete, wohl aber mit der absoluten Gewissheit des Verblutens und der Erledigung als Großmacht? Als das Cadresgesetz in Beratung stand, lud Bismarck in den ersten Tagen des März 1875 Belgien ein, ihm diejenigen Maßregeln bekannt zu geben, die es zum Schutz seiner Neutralität ergriffen habe. Sofort nach dem 12. März erschien der deutsche Botschafter Hohenlohe auf dem französischen Auslandsministerium mit der Note, die Reichsregierung betrachte das Cadresgesetz als eine Bedrohung Deutschlands. Minister Decazes erklärte ihm, diese Einmischung des Deutschen Reiches in innere Angelegenheiten Frankreichs sei eine Verletzung der Souveränität seines Landes; er lehne daher nicht nur eine Beantwortung der Note ab, sondern er weigere sich auch, von dem Schritte Deutschlands offiziell Kenntnis zu nehmen. Die französische Regierung benachrichtigte aber unverzüglich General Leflô, den Botschafter Frankreichs in Petersburg, gleichzeitig die Vertreter Russlands und Englands in Paris und den französischen Gesandten in London. Die Regierung gab dabei folgende öffentliche Erklärung ab: „Wenn uns Deutschland in der offenbaren Absicht angreift, Frankreichs Erholung von seiner Niederlage zu verhindern und es auszubluten, so werden wir unsererseits die Feindseligkeiten *nicht* beantworten. Wir werden unsere Armee hinter die Loire (den Mittelpunkt des Landes) zurückziehen und gleichzeitig bei allen europäischen Regierungen protestieren.“[1]) Diese Schritte hatten eine persönliche Intervention der englischen Königin Viktoria und des Kaisers von Russland bei Wilhelm I zur Folge. Ganz besonders eindringlich und erfolgreich waren die Bemühungen des Zaren Alexanders II., die um so eher Aussicht auf Erfolg hatten, als ihn persönliche Freundschaft mit Wilhelm I. verband. Am 18. Mai 1875 reiste der Kaiser von Russland persönlich nach Berlin, und es gelang ihm, Deutschland von weitern Schritten abzuhalten, welche die Existenz Frankreichs aufs Spiel gesetzt hätten. Der russische Reichskanzler Gortchakow, kein Freund von Bismarck, erlaubte sich den ungewöhnlichen Schritt, diese persönliche Friedensrolle des Zaren den europäischen Kabinetten mitzuteilen. — Das war die Zeit, der man in Frankreich den schmerzlichen Namen beigelegt hat: „La paix Bismarck“.

[1]) Lavisse et Rambaud: *Histoire universelle 1348—1900,* Band X.

DIE ÄRA DER BÜNDNISSE

Kurz nach der Reichsgründung — im August 1871 — besuchte Wilhelm I den österreichischen Kaiser Franz Joseph in Ischl, dem bekannten Badeort. Bei dieser Monarchenzusammenkunft wurde der Grundstein zu der Bündnispolitik gelegt, die bis auf unsere Tage der Angelpunkt der europäischen Verhältnisse geblieben ist. Bismarck hatte mit diesem Besuch Erfolg. Er konnte diesen um so mehr haben, als er anno 1866 nicht nur den Ausspruch tat, sondern auch darnach handelte: „Man soll bei dem Besiegten weder einen unversöhnlichen Hass erzeugen, noch seiner Eigenliebe unheilbare Wunden schlagen". Die Geschichte gibt darüber Auskunft, ob sich Bismarck dieser edlen Wahrheit auch gegenüber dem geschlagenen Frankreich erinnert hat. Auch Kaiser Wilhelm I vergass nach Sedan und dem Sturz des ersten Kaiserreichs sein Wort: „Ich führe gegen Napoleon III. Krieg, nicht gegen das französische Volk". (In Nr. 8 des IX. Jahrgangs von *Wissen und Leben* ist an Hand einer belegreichen und interessanten Arbeit von Herrn Dr. F. Lifschitz in Bern gezeigt worden, wie die Schweizerpresse damals sozusagen einmütig war in der Verurteilung der erbarmungslosen Niederwerfung des französischen Volkes, nachdem das imperialistische Kaiserreich schon längst verschwunden und unschädlich gemacht war.)

Drei Monate nach dem Besuch Kaiser Wilhelms in Ischl, musste der österreichische Kanzler Beust zurücktreten, der als Leitgedanken seiner Politik die Verhinderung einer Unterordnung Österreichs unter das Deutsche Reich betrachtete. Er wurde durch den deutschfreundlichen Grafen Andrassy ersetzt, und die nächsten Jahre brachten eine stets intimere Annäherung der beiden Staaten, bis im August 1879 zwischen Bismarck und Andrassy die Grundlagen einer regelrechten Allianz abgeschlossen wurden. Der Bündnisvertrag wurde am 15. Oktober 1879 von Kaiser Wilhelm I nach langem Zögern unterzeichnet, denn seinen persönlichen Neigungen hätte eine deutsch-russische Allianz besser entsprochen. Am 20. Mai 1882 wurde der Zweibund durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert.

Die deutsch-österreichische Allianz, der Kern dieses neuen Bündnissystems, musste früher oder später einem ähnlichen Gebilde als politischem Gegengewicht rufen. Zu einem solchen konnten

keine andern europäischen Staaten in Betracht kommen, als Russland und Frankreich; denn nur sie verfügten über die dem deutsch-österreichischen Bündnis entsprechenden Heere. Die russisch-französische Annäherung war die unfehlbar vorauszusehende Folge des engen Zusammenschlusses von Deutschland und Österreich. Sie wurde wesentlich erleichtert durch die bekannten Ereignisse des Jahres 1875. Die außerordentlichen Dienste, die Zar Alexander II. am 18. Mai 1875 Frankreich geleistet hat, dürfen in der Geschichte des russisch-französischen Zusammenschlusses nicht vergessen werden. Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag vom September 1884 konnte den Gang der Ereignisse nicht aufhalten, seit das deutsch-österreichische Bündnis immer festere Formen annahm. Am 10. Juni 1895 brauchte Auslandsminister Gabriel Hanotaux zum erstenmal offiziell den Ausdruck „Allianz", als er in der französischen Kammer die russisch-französischen Beziehungen besprach. Das Bundesverhältnis reicht aber bis ins Jahr 1891 zurück.

Jahrelang stand nun der Zweibund dem Dreibund gegenüber, bis England aus seiner „Splendid isolation" heraustrat und sich Frankreich näherte. Diese politischen Veränderungen wurden zunächst ermöglicht durch das englisch-französische Abkommen vom 14. Juni 1898 mit Zusatzerklärung vom 21. März 1899. Kraft dieser Verträge gelangte Frankreich zur Beherrschung von Nordwestafrika, England zu jener Ägyptens. Die russisch-englische Annäherung konnte sich erst vollziehen, nachdem die Interessen dieser Staaten in Persien, Afghanistan und Tibet auseinandergeschieden waren. Es geschah dies durch die russisch-englische Konvention von Petersburg, abgeschlossen am 18./31. August 1907. So hat der Dreibund (von 1879/1882) in der Bildung des Dreiverbandes, im Lauf der Jahre 1891/1907 eine Antwort erhalten. Das oft gehörte Wort der „Einkreisungspolitik Deutschlands" hält somit vor den historischen Tatsachen nicht stand; der Dreiverband ist in dieser Mächtegruppierung die *geschichtliche Folge* des schon bestehenden Dreibundes, und die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts. Einem *isolierten* Deutschland gegenüber wäre die Bildung des Dreiverbandes einer feindseligen Einkreisungspolitik gleichgekommen, nicht aber gegenüber einem Deutschen Reich, das den Anstoß zu den Bündnissystemen der letzten Jahre gab. Der Ausdruck „Einkreisung" berücksichtigt den ausschlaggebenden

geschichtlichen Werdegang nicht, sondern stützt sich auf einen zufälligen geographischen Begriff.

Die Ereignisse von 1914/16 haben Deutschlands militärische Vorherrschaft auf dem europäischen Festland außerordentlich erweitert und gestärkt. Das Deutsche Reich entfaltet seit Kriegsbeginn eine Waffengewalt von derartiger Kraft, dass eine große Zahl von Neutralen durch diese Erscheinung völlig gelähmt und geblendet wurden — gleichviel, ob wir unter diesen Unbeteiligten Private, oder Mitglieder von Staatsregierungen und Generalstäben verstehen. Der *ungeblendete* Beobachter der Ereignisse muss aber feststellen, dass diese Zerstörung des europäischen Gleichgewichts durch zwei Momente wesentlich erleichtert wurde:

1. Die Benutzung *belgischen Gebiets* zum Einbruch der deutschen Armee in Frankreich.

2. Durch die außerordentlichen *Geheimrüstungen* der deutschen Regierung, die ohne Wissen des deutschen Volkes handelte, das in seiner großen Mehrheit den Krieg so wenig wollte, wie alle anderen europäischen Völker.

Als Deutschland am 1. August 1914 Russland, am 3. Frankreich und am 4. Belgien den Krieg erklärte, da verfügte es über eine Armee von solcher Angriffs- und Zerstörungskraft, dass ihm seine zahlreichen Gegner nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen vermochten. Dem Organisationstalent und der technischen Fähigkeit des Deutschen Reiches macht dies alle Ehre. Was aber bedenklich ist, das sind die außerordentlichen Geheimrüstungen mit dem offenbaren Charakter der Vorbereitung eines Angriffskrieges. Von den großen Mörsern, mit deren Hilfe neutrale und feindliche Festungen mit blitzartiger Schnelligkeit erobert wurden, hatte außerhalb Deutschlands niemand eine Ahnung, und auch im Lande selbst kannten nur die höchsten Regierungs- und Armeekreise den *wirklichen Stand* der deutschen Bereitschaft. Diese geheim gehaltene Artillerie war es, welche die Niederwerfung der Festungen Lüttich, Namur, Antwerpen und Maubeuge in so unglaublich kurzer Frist ermöglichten, ehe der überraschte Gegner Gegenmaßnahmen treffen konnte. Die Aufspeicherung derartiger Geheimrüstungen, die vom rein technischen Standpunkt aus betrachtet staunenswert sind, *muss* zum Kriege führen; denn die Früchte derart fabelhafter Überraschungen lässt weder Deutschland noch

irgend ein anderer Staat am Baum verdorren, das sagt einem Jeden der gesunde Menschenverstand. Die Friedensliebe des Volkes, die in Deutschland ebenso groß war wie in andern Ländern, vermochte die vorwärtstreibende Macht solcher Faktoren leider nicht aufzuhalten. Wenn in der *Demokratie* über den Willen des Volkes so leicht zur Tagesordnung weggeschritten wird, so kann in der Militärmonarchie kaum größere Aussicht bestehen, dass sich dessen Stimme Gehör verschaffe. Zudem gibt es ja der Mittel viele, um ein politisch rückständiges Volk in einen Taumel der Erregung zu versetzen, den man oft besser als Psychose bezeichnen würde. Wie prächtig eignen sich hiefür die beliebten Hundertjahrfeiern! Versetzen wir uns einen Augenblick ins Jahr 1913.

Damals — es war im Frühling — vermehrte Deutschland seine Friedensarmee plötzlich von 720,000 auf 860,000 Mann. Gleichzeitig wurde dem Reichstag die bekannte „Milliardenvorlage" eingebracht. Womit rechtfertigte das Deutsche Reich diese aufsehenerregenden Neurüstungen? Die offizielle Begründung der Regierung lautete: „Durch die veränderte Lage auf der Balkanhalbinsel". Mit großem patriotischem Schwung — (1813/1913) — wurde die Milliardenvorlage samt Heeresvermehrung vom Reichstag genehmigt und damit dem deutschen Volk ein Opfer aufgeladen, das zu jener Zeit noch unerhört erschien. Und Frankreich? Als die Regierung eine Gegenmaßnahme zu den deutschen Neurüstungen traf, ging die Vorlage der dreijährigen Dienstzeit mit Ach und Krach durch die Klippen des Palais Bourbon, wie heute noch jedermann in Erinnerung ist. Hätte statt der deutschen die *französische Regierung* den Anstoß zu Neurüstungen gegeben, und diese durchzusetzen versucht, so wäre sie vom Parlament unverzüglich weggefegt worden. Niemand kann daran zweifeln, der die Verhandlungen der Kammer und des Senats aus jener Zeit gelesen hat. Wir müssen uns heute fragen, ob die französischen Volksvertreter wohl eine andere Haltung eingenommen hätten, wenn ihnen eine leise Ahnung von den außerordentlichen Geheimrüstungen geworden wäre, die Deutschland neben den öffentlichen und sichtbaren Maßnahmen getroffen hatte. Es ist schwierig, selbst auf diese Frage zu antworten; denn in Frankreich war man im Jahre 1913 ja so außerordentlich beschäftigt durch die Ergebnisse des radikalen Parteitages in Pau! Und ein Parteitag der radikal-sozia-

listischen Kammermehrheit ist doch ein historisches Ereignis, nicht wahr? Und wie beschäftigt war man gar im Jahre 1914! Wie pikant — besonders nach so langer und öder, skandalloser Zeit — die Frau eines Mitgliedes der französischen Regierung mit dem Revolver in der Hand! In der Tat, es hat des europäischen Krieges bedurft, um Frankreich seine nationalen Kräfte wieder sammeln zu lassen. Dass dies meistens erst in Zeiten der höchsten Not geschehen muss, wenn Hannibal vor den Toren steht, das scheint zu den Besonderheiten der französischen Geschichte zu gehören.

1916

Noch hat der Krieg keine Antwort auf die bange Frage jedes Schweizers gegeben, unter welchem Zeichen die geschichtliche Epoche stehen wird, die mit dem Jahre 1914 begonnen hat. Wird das Königreich Preußen *seine dritte Entwicklungsphase*, d. h. die Stellung erringen, die Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 19. August 1915 als das Ziel der deutschen Kriegsbestrebungen bezeichnete? Sollen sich wirklich vier europäische Grossmächte dem deutschen Willen beugen müssen, und damit jene Kleinstaaten, die Nachbarn dieses Reiches sind? Gleichgültig, ob bei den Kleinen das Beugen durch Drohung oder durch wohlwollende Herablassung erreicht wird.

Jahrelang waren viele Schweizer, war sogar *die Mehrheit der tonangebenden Kreise* unseres Landes geneigt, in einem starken Deutschland den besten Schutz der Kleinstaaten zu erblicken. Diesen Glauben haben allerdings manche Patrioten *aller* Landesgegenden nicht geteilt; denn sie hatten das traurige Schicksal des kleinen Dänemark noch nicht vergessen. Die Tragödie Belgiens hat den Irrtum der Optimisten bestätigt und jenen Recht gegeben, die in der militärischen Vorherrschaft Deutschlands eine politische Gefahr für die benachbarten Kleinstaaten erblickten. Gewiss, die Schweiz wurde im Jahre 1914 von Deutschland aus beruhigt, indem unsere Neutralität in allen Tonarten gepriesen wurde, während man die belgische verdächtigte. Die europäischen Kleinstaaten sind im Jahre 1864 mit dem gleichen Erfolg beruhigt worden, wie anno 1914. — Auch wir Schweizer dürfen das Organisationstalent und die Tapferkeit Deutschlands an-

erkennen. Aber das Heil unseres Vaterlandes verbietet, uns von der militärischen Stärke des deutschen Heeres blenden zu lassen. Aus der Anerkennung darf keine hingerissene Bewunderung werden, wie es in der Schweiz leider so oft vorkommt. Solche Gefühle sind beim deutschen Patrioten legitim, beim Neutralen krankhaft. Vor hundert Jahren zog eine andere Erscheinung über unsere Erde, die Europa mit noch viel größerm militärischem Ruhm erfüllte, als es heute die deutsche Armee tut. Welches Urteil aber hat die Geschichte über jene so zahlreichen Kleinen gefällt, die dem magischen Glanz Napoleons und seiner Marschälle willenlosen Beifall spendeten?

Nicht in der politischen Vorherrschaft einer benachbarten Militärgroßmacht beruht das Heil der europäischen Kleinstaaten, und im besondern unseres teuren Vaterlandes, sondern in der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts, *das heute zerstört ist.* Lassen wir die vom Ausland in bestimmter Absicht eingeführten Rassentheorien in dem Maß zurücktreten, wie wir gewillt sind, die politische Zukunft unseres Landes in den Vordergrund zu stellen. Alsdann werden wir von selbst aufhören, uns zur unverhohlenen Freude der auswärtigen Zuschauer im eigenen Lande zu bekämpfen. Fort mit den Rassentheorien; in den Hintergrund mit den persönlichen Sympathien! Unsere Frage von morgen sei die der politischen Staatsinteressen unserer Eidgenossenschaft, als Glied der europäischen Kleinstaaten.

THUN R. MEYER

□□□

REGEN IN DER NACHT

Von ROBERT JAKOB LANG

Lauter Regen in der Nacht.
Angeschwellte Bäche rauschen,
Schlummermüde Menschen lauschen:
Regen, Regen in der Nacht.

Fällt im Baum von Ast zu Ast,
Nah und ferne, raunend, rinnend,
Geht im Dämmern müd und sinnend,
Als ein ruheloser Gast.

□□□